

Wählen gehen in 2024 – unbedingt –

mit Wissen den autoritären Populismus entlarven und demokratische Kräfte mit unseren Wählerstimmen stärken!

Wir stehen im Juni 2024 und im September 2024 vor Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen in Sachsen!

Wir Bürgerinnen und Bürger haben eine besondere Verantwortung. Wir sind der zentrale Dreh- und Angelpunkt, von dem der demokratische Gedanke ausgehen muss.

Ohne unser demokratisches Engagement würden wir autoritären Populismus hemmungslos gewähren lassen.

Im Gegenteil: Wir müssen uns als Multiplikatoren in unserer Gesellschaft, in den Aushandlungsprozess z.B. über den Umgang mit Migranten und mit dem aufkommenden Rassismus durch die Abgabe unserer Wahlstimme unbedingt einbringen. Dies auch, um die Erfahrungen von durch Rassismus betroffenen Bürgerinnen und Bürgern ernst zu nehmen.

Daher müssen wir die sieben gängigsten Argumentationsstränge kennen, die es seitens der autoritären Populisten gibt, um diese zu entkräften! Bis zur Wahl erscheint hier jede Woche ein neuer Argumentationsstrang.*

1. Potenzielle AfD-Wählerinnen und -Wähler sollten sich fragen, ob er oder sie den eigenen Wohlstand aufs Spiel setzen will.

Einer der wichtigsten Programmpunkte der AfD ist es, den Euro abzuschaffen und die Bundesrepublik von der Europäischen Union zu trennen (Europawahl-Programm, S.19). Der Euro ist die zweitwichtigste Währung der Welt. Im Euro-Gebiet nutzen ihn 344 Millionen Menschen. Außerhalb des Euro-Raumes ist nur der Dollar noch wichtiger als sicherer Hafen, als Reservewährung. Die gemeinsame europäische Währung hat schwankende Wechselkurse in Europa beseitigt. Das war stets ein Ziel deutscher Politik, denn Exporte sind die Basis unseres Wohlstands und diese sind stabiler, wenn die Wechselkurse nicht schwanken.

Auch wer kein Vermögen besitzt, hat meist etwas gespart: Auf dem Konto, in Fonds oder Staatsanleihen. Praktisch das gesamte Geldvermögen der Deutschen lautet auf Euro. Die Anleihen, die den größten Teil des Anlagevermögens von Privathaushalten und Versicherungen ausmachen, lauten ebenfalls auf Euro. Wird der Euro zerstört, wie die AfD es ausdrücklich will, wird alles, wofür die Menschen jahrelang gearbeitet haben, mit einem Federstrich entwertet.

Im Rahmen einer radikalen Währungsreform würde das Euro-Vermögen der Deutschen ersetzt. Doch wodurch? Das weiß nicht einmal die AfD selbst. Sie spricht von der Rückkehr zur D-Mark. Aber die gibt es nicht mehr. Niemand kann sagen, ob und zu welchem Wert ein völlig neu geschaffenes Geld namens D-Mark akzeptiert werden würde.

Wer will im Ernst diesen sicheren Wert durch eine Phantom-Währung ersetzen? Kaum ein Gläubiger würde sich auf ein solch unsicheres Geschäft einlassen. Jahrelange Verhandlungen über eine Umschuldung wären die Folge. Deutschland wäre plötzlich in einer ähnlichen Lage wie Argentinien,

das schon mehrfach in der Falle der Anleihe-Gläubiger saß. Und was würde aus Deutschlands so stark exportorientierten Unternehmen? Die AfD bleibt alle Antworten schuldig.

Auch unsere Rentenansprüche laufen auf Euro. Was würde aus denen? Welchen Wert hätten sie noch? Auch das ist völlig offen. Denn niemand kann sagen, wieviel die neue Währung wert wäre, die nach dem Willen der AfD den Euro ersetzen soll. Es wäre sogar möglich, dass ein „findiger“ AfD-Finanzminister im Zuge der Währungsreform den Wert der Renten herunterrechnen könnte. Denn auf diese Weise würde er seinen Haushalt entlasten: Ein großer Teil der Rentenzahlungen wird aus dem Bundeshaushalt bestritten. Alle Rentnerinnen und Rentner, die jahrzehntelang Beiträge gezahlt haben, würden auf diese Weise noch zusätzlich eines Teils ihrer Ansprüche beraubt.

Ein Austritt aus der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ist in den EU-Verträgen nicht vorgesehen. Er müsste gegen geltendes Recht improvisiert werden. Deutschland würde wort- und rechtsbrüchig. Die neue deutsche Zentralbank, die eine neue Währung drucken würde, hätte keine Glaubwürdigkeit: Die hoch angesehene unabhängige Bundesbank steht hinter dem Euro und will ihn schützen. Niemand in der Bundesbank ist für das geldpolitische Abenteuer einer Währungsreform zu haben. Um ihren Willen durchzusetzen, müsste die AfD auch die Bundesbank abschaffen und durch eine ihr genehme „Abnickbehörde“ ersetzen.

Da eine neue Bank aus einem Rechtsbruch entstünde, hätte sie keinerlei Glaubwürdigkeit. Deutschland würde zum Paria auf den Finanzmärkten. Chaos wäre die Folge: Weil die Währungsreform nicht von einer glaubwürdigen Zentralbank vollzogen würde und keinen Übergang zu einer bekannten Währung bringen könnte, würden die Finanzmärkte mit dem neuen Geld Jojo spielen. Deutschlands Währung würde zum Spielball der Märkte. Im allerbesten, aber unwahrscheinlichen Fall würde der Kurs der neuen Währung sich dem der früheren D-Mark gegenüber dem Euro nähern. In diesem Fall würden sich alle Preise schlagartig verdoppeln. Wie bei der Umstellung von D-Mark auf Euro könnten Unternehmen eine erneute Währungsumstellung für versteckte Teuerungen nutzen.

Verließe Deutschland die Währung Euro und später auch die EU (und bricht damit das EU-Recht), brüskierte es die anderen Mitgliedstaaten. Über die Einführung des Euros wurde schließlich jahrelang verhandelt, alle nationalen Parlamente stimmten darüber ab. Vor allem unser engster Partner Frankreich würde ein deutsches Ausscheren als Vertrauensbruch oder gar als Aufkündigung der Freundschaft werten.

Ein Ausstieg aus dem Euro ist nur möglich, wenn Deutschland aus der Europäischen Union austritt. Ohne den größten Mitgliedstaat BRD wäre die EU de facto am Ende.

Die anderen Staaten, die den Weg für den Prozess der deutschen Wiedervereinigung geebnet haben, würden einen deutschen Sonderweg nicht ohne Weiteres hinnehmen. Sie könnten sich revanchieren, indem sie deutsche Exporte und die Arbeit deutscher Werke in ihren Ländern erschweren. Ohne diese Fabriken in anderen EU-Ländern wie Spanien, Tschechien, Polen, Slowakei, Ungarn, Rumänien ist beispielsweise die deutsche Autoindustrie überhaupt nicht konkurrenzfähig. Unser Wachstum bräche zusammen, Arbeitslosigkeit und sinkende Einkommen wären die Folge.

Die Briten erleben seit dem Brexit schmerzlich, welche Folgen das Ausscheiden aus der EU hat. Sie reichen von schwächerem Wachstum bis zu leeren Supermärkten. Mehr Kontrolle über das eigene Land haben sie nicht erreicht. Den Gegnern des Brexits, die genau davor warnten, war vorgeworfen worden: Ihr verbreitet Panik!

- 2. Die AfD will Millionen Deutsche, deren Eltern oder Großeltern eingewandert sind, vertreiben. Geltendes Recht und die Verfassung jedenfalls hält die AfD für irrelevant. Sie will selbst entscheiden, wer nach Deutschland gehört und wer nicht. Vertreibung aus Deutschland hat eine unselige Tradition.**

Für die von der AfD beabsichtigte Massenausweisung benutzt sie das Codewort „Remigration“. „In Deutschland und Europa müssen Remigrations-Programme größtmöglichen Umfangs aufgelegt werden“, schreibt die AfD in ihrem Europawahl-Programm (Europawahl-Programm, S. 40). Mehrere AfD-Bundestagsabgeordnete betonen: „Remigration ist kein Geheimplan, sondern ein Versprechen.“

Millionen von Deutschen die Heimat zu nehmen und auszuweisen -brutaler kann man unser friedliches Zusammenleben und unser Grundgesetz nicht angreifen, in dessen Artikel 3 es heißt: „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.“

Die AfD schöpft aus einem dunklen Brunnen. Rechtsnationale haben sich schon früher angemäht, manchen Menschen gleiche Rechte abzuspochen. Vor 140 Jahren wurden massenhaft Menschen polnischer Abstammung abgeschoben, obwohl sie legal in Deutschland lebten. Wie heute die Muslime diffamierten die Rechtsnationalen damals die Polinnen und Polen, sie gefährdeten das deutsche Volk. Wer die „falsche“ Hautfarbe, Religion, Abstammung oder politische Ansicht hatte, war und ist für Rechtsnationale Feind.

AfD-Politikerinnen und -politiker planen, Millionen Deutsche mit ausländischen Vorfahren nach Nordafrika zu verschleppen. Die Nationalsozialisten fantasierten von der Deportation Millionen jüdischer Deutsche nach Madagaskar. Sie trieben Hunderttausende ins Exil, darunter führende Wissenschaftler und Kulturschaffende. Das war das Ende von Deutschland als eine weltweit führende Nation der Wissenschaft und Kultur.

Rechtsextremer Rassenwahn endete mit der Ermordung von Millionen Jüdinnen und Juden. Vertreibung ist ein Verbrechen, das die große Mehrheit der Deutschen nie wieder zulassen will.

3. Für die AfD ist die Rolle der Frau die der Mutter, Hausfrau und Ehefrau. Die Partei will Krippen, Vorschulerziehung und Ganztagschulen abbauen sowie die Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch verschärfen. Frauen wären stark benachteiligt unter einer Regierung, in der die AfD bestimmt. Das dürfte erklären, weshalb nur ungefähr ein Drittel der AfD-Wählerinnen und -Wähler Frauen sind, wobei es zwischen dem Osten und Westen in der Verteilung keine Unterschiede gibt.

Für die AfD ist die Rolle der Frau die der Mutter, Hausfrau und Ehefrau. Ihr politisches Ziel ist es, die traditionellen Geschlechterrollen zu schützen. Nur in diesem Zusammenhang tauchen Frauen in den Programmen der AfD auf. Dass Frauen Karriere machen und bei gleicher Arbeitsleistung das gleiche Gehalt wie Männer erzielen wollen, ist für sie „falsch verstandener Feminismus“ (AfD-Grundsatzprogramm, S.41). Wenn Frauen ihren eigenen Weg gehen, ist das für die AfD „Gender-Ideologie“ und die „Leugnung von biologischen Unterschieden zwischen Mann und Frau“ (Europawahl-Programm, S. 73).

Die AfD lehnt auch Geschlechterquoten im Studium oder in der Arbeitswelt generell ab, da „Quoten leistungsfeindlich und ungerecht“ seien und andere Benachteiligungen schaffen (Grundsatzprogramm, S. 8). Realität ist, dass alle Länder und Unternehmen, die Quoten eingeführt haben, die Position der Frauen sowohl hinsichtlich der Gehälter als auch der Führungspositionen verbessert haben.

Die AfD will die Krippen, Vorschulerziehung und die Ganztagschulen abbauen, weil sie aus ihrer Sicht „die Familie untergraben“ (Grundsatzprogramm, S.41). In Wirklichkeit fehlen in Deutschland mehr als 400.000 Plätze für Kinder unter drei Jahren und rund 100.000 Erzieherinnen und Erzieher. Da Mütter immer noch die Hauptlast der Erziehung tragen, erschwert dieser Mangel den Zugang von

Frauen zur Arbeitswelt, beeinträchtigt ihre Karrierechancen und letztlich die deutsche Wirtschaft und das Wohlergehen der Gesellschaft. Fehlen Kitas, so haben vor allem Kinder aus armen Familien schlechtere Chancen, einen Schulabschluss zu schaffen.

Die AfD bezieht in ihren Wahlprogrammen keine Stellung zum Thema Gewalt gegen Frauen. Die Realität ist, dass die Polizei jeden Tag wegen eines versuchten Mordes an einer Frau ermittelt. Alle drei Tage gibt es in der Bundesrepublik einen Femizid durch die Hand ihres Partners oder Ex-Partners, so das Bundeskriminalamt. Knapp zwei Drittel der Tatverdächtigen haben die deutsche Staatsbürgerschaft. Dennoch drückt die Partei, die angeblich für die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger und die gegen Kriminalität ist, hier beide Augen zu.

Die AfD will die Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch in Deutschland verschärfen. Die kürzlich beschlossenen und von vielen Frauen seit Jahren geforderten Änderungen würde sie rückgängig machen. Die Partei will einen Abbruch auf rein medizinische oder „kriminologische“ Indikationen beschränken. „Kriminologisch“ bedeutet „Lehre vom Verbrechen“. So bleibt unklar, was die AfD überhaupt meint. Tatsache ist, dass Deutschland im europäischen und internationalen Vergleich ein strenges Gesetz zum Schwangerschaftsabbruch hat.

Für die AfD gibt es nur die traditionelle Familie mit Mutter und Vater. In Deutschland gibt es nach Schätzungen mehr als 12.000 Regenbogenfamilien. Die Kinder dieser Familien ignoriert die AfD, wenn sie nur Familien mit einer Mutter und einem Vater anerkennt. Paradoxerweise beschwerte sich die AfD-Co-Vorsitzende Alice Weidel in einem Interview mit der Schweizer Weltwoche darüber, dass sie vom rechten Flügel der AfD angegriffen worden sei – weil sie mit einer Frau und zwei Kindern in einer Partnerschaft lebt. Vielleicht sollte sie mal in ihr Parteiprogramm schauen?

Zahlreiche Forschungsergebnisse zeigen, dass für die Entwicklung eines Kindes die Eltern-Kind-Beziehung entscheidend ist und die Frage, wie Familie gelebt wird – nicht die Familienform. Die Deutschen sind viel toleranter, als die Rechtsextremen Glauben machen wollen. In einer aus dem Jahr 2023 stammenden Umfrage stimmten 67 Prozent der Befragten in Deutschland der Aussage voll und ganz oder eher zu, dass gleichgeschlechtliche Paare die gleichen Adoptionsrechte wie heterosexuelle Paare haben sollten. Nur 26 Prozent gaben hingegen an, dass sie gleichen Adoptionsrechten für gleichgeschlechtliche Paare (eher) nicht zustimmen.

*Dieser und die folgenden Beiträge spiegeln im Sinne des Blogs ausschließlich die persönliche Meinung der Landesvorstandsmitglieder wider und sind keine offizielle Position von Mehr Demokratie e.V.

4. Die AfD negiert die Klimakrise und will die Bildungschancen verschlechtern. Zudem bleibt die Partei Antworten auf grundsätzliche Fragen von Jugendlichen schuldig: Wo ist mein Platz in einer globalisierten Welt? Wie sichere ich meine Interessen angesichts der Digitalisierung? Im Parteiprogramm findet die Jugend keine Berücksichtigung.

Weder in ihrem Europa-Wahlprogramm noch im Grundsatzprogramm formuliert die AfD Vorschläge zur Förderung der Jugend. Die Partei gibt keine Antworten auf grundsätzliche Fragen von Jugendlichen. In ihren Programmen wird die Jugend nicht einmal erwähnt. Ihrer aus der Zeit gefallenen Politik treu, will die AfD Kitas, Vorschulerziehung und Ganztagschulen abschaffen. (Grundsatzprogramm, S.41) Die ersten Opfer wären neben den Eltern die Kinder und Jugendlichen, denen Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten vorenthalten würden. Bereits heute

schneidet Deutschland schlecht bei den Pisa-Leistungstests ab. Es ist kein Geheimnis, dass dies mit den mangelnden Investitionen in Bildung zusammenhängt.

Mit der AfD in der Regierung würden sich die Chancen von Kindern und Jugendlichen auf eine gute Bildung weiter verschlechtern. Das gilt gerade für Kinder aus Familien, die nicht zur Oberschicht oder oberen Mittelschicht gehören, denn sie sind besonders auf staatliche Angebote angewiesen. Die AfD behauptet von sich, die Interessen „des Volkes“ zu vertreten – doch tatsächlich lässt sie den Nachwuchs und seine Bildung links liegen.

Auch schadet die AfD den Interessen der Jugend, indem sie die Europäische Union aufgeben will (Europawahl-Programm, S.10). Das Ende der EU würde das Erasmus-Programm beenden, dank dem Millionen Schülerinnen und Schüler, Auszubildende oder Studierende Erfahrungen im Ausland sammeln und Freundinnen und Freunde aus vielen Ländern fürs Leben gewinnen. Die AfD will mit der EU auch die gegenseitige Anerkennung der Zeugnisse und Abschlüsse abschaffen. Die ist aber die Grundlage dafür, dass man vergleichsweise unkompliziert im Ausland arbeiten kann.

Für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen von heute sind offene Grenzen innerhalb der EU selbstverständlich. Seit 1995 gilt das Schengener Übereinkommen, das die Abschaffung der Grenzkontrollen regelt. Mit der AfD würden Reisen ins Ausland wie früher zum Hürdenlauf, denn sie will Kontrollen an den Staatsgrenzen wieder zum Normalfall machen und die gemeinsame Währung abschaffen. Das symbolisiert nur zu gut die fehlende Weltoffenheit. Den nachwachsenden Generationen überlässt diese Politik verbrannte Erde.

Es bleiben nur noch wenige Jahre, um einer katastrophalen Aufheizung der Erdatmosphäre vorzubeugen, durch die Verringerung der Emissionen von Klimagiften wie CO². Nicht nur unter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, auch zwischen den Staaten gibt es darüber einen Konsens. Deutschland ist keinesfalls Vorreiter in Sachen Klimaschutz: Unsere CO²-Emissionen pro Kopf liegen über dem EU-Durchschnitt.

Die AfD aber leugnet den menschengemachten Klimawandel und will: „Schluss mit der Klimaschutzpolitik“ (Grundsatzprogramm, S. 79). Die Aufheizung der Erdatmosphäre, die zu Waldbränden, Hitzewellen und austrocknenden Böden, aber auch zu Starkregen und Überschwemmungen führt, soll ungehindert weitergehen.

Schon heute leiden wir in Europa unter einer zunehmenden Zahl außergewöhnlicher Klimaereignisse, wie Hitzewellen und die Phasen von Dürren und Starkregen zeigen. Nicht nur ganz Ostdeutschland leidet unter einem langfristigen Wasserverlust in den Böden. Auf allen Kontinenten wären Armut, menschliches Leid und Artensterben die Folge einer so verantwortungslosen Klimapolitik.

- 5. Wer trotz der völkischen Ideologie der AfD überlegt, der Partei die Stimme zu geben, sollte sich über die Konsequenzen z.B. im Gesundheitssystem im Klaren sein. Potenzielle AfD-Wählerinnen und -Wähler sollte sich fragen: Bin ich wirklich bereit, auf eine qualifizierte medizinische Behandlung zu verzichten? Will ich die Behandlung meines Kindes oder die Pflege meiner Eltern, meines Partners aufs Spiel setzen?**

Trotz aller Schwierigkeiten verfügt Deutschland über ein hochwertiges Gesundheitssystem. Doch Pflegekräfte und Ärztinnen und Ärzte in Krankenhäusern arbeiten am Anschlag. Eine Notlage, die durch das Älterwerden der Bevölkerung und der anstehenden Verrichtung von erfahrenem Personal noch akuter wird. Weit dramatischer wäre die Lage ohne die 52.000 Ärztinnen und Ärzte sowie rund 100.000 Pflegekräfte, die aus dem Ausland stammen. Ohne sie wäre unser Gesundheitssystem und wäre unsere Altenpflege schon längst zusammengebrochen.

Gut ausgebildete Kräfte aus dem Ausland zu gewinnen, wird immer schwieriger. Der Wettbewerb um diese Fachleute ist weltweit härter geworden. Aus Deutschland wandern Ärztinnen und Ärzte und Pflegekräfte ab, weil sie in Skandinavien und der Schweiz kürzere Arbeitszeiten und bessere Bedingungen finden. Medizinisches Personal aus Brasilien, Indien, aus Nordafrika oder Osteuropa hat auch die Wahl, nach Kanada, Großbritannien oder Frankreich zu gehen.

Ein wichtiger Faktor neben der Sprache ist dabei die Frage, wie Zuwandernde aufgenommen werden. Wer auswandert, will sicher sein, in der neuen Heimat willkommen zu sein und nicht diskriminiert zu werden. Berichte über eine Schlechterstellung von Ausländerinnen und Ausländer, wie die AfD sie fordert, und über rassistische Gewalttaten von Rechtsextremen gegen vermeintlich Fremde schrecken ab.

Die AfD ist gegen Zuwanderung. Damit nicht genug: Sie will hier lebende Ausländerinnen und Ausländer schlechter behandeln. Selbst Bürgerinnen und Bürger aus EU-Partnerstaaten sollen erst ein Anrecht auf Sozialleistungen haben, wenn sie zehn Jahre lang Steuern und Sozialversicherungsabgaben bezahlt haben (Europawahl-Programm S. 25). Wird die AfD stärker, trägt das dazu bei, von außen dringend benötigte Fachkräfte abzuschrecken. Jede Stimme für die AfD ist deshalb ein Schlag auch gegen unsere medizinische Versorgung.

6. AfD-Politiker diffamieren Qualitäts-Medien als „Lügenpresse“, bügeln Kritik ab und bedrohen Kritikerinnen und Kritiker. Zudem will die Partei den öffentlich-rechtlichen Rundfunk de facto abschaffen.

Die AfD nutzt jede Gelegenheit, um sich im öffentlich-rechtlichen Rundfunk und in anderen seriösen Medien zu präsentieren. Kurze Ausschnitte aus Sendungen von ARD oder ZDF nutzt sie systematisch in ihren Kanälen zur Selbstdarstellung. Zugleich stellt sie sich aber als Opfer dieser Medien dar, die sie als „Kartellmedien“, „Lügenpresse“ oder „Systemmedien“ diffamiert.

Jede demokratische Partei akzeptiert, dass sie von Medien beobachtet, durchleuchtet und kritisiert wird. Gerade weil Parteien öffentliche Aufgaben wahrnehmen und öffentliche Mittel erhalten, müssen sie der Gesellschaft gegenüber Rede und Antwort stehen. Die AfD dagegen hat ein Problem damit. Journalistinnen und Journalisten von öffentlich-rechtlichen Sendern müssen immer wieder ihren Zugang zu Parteitag vor Gericht einklagen, zuletzt in Thüringen. Was die AfD unter Pressefreiheit versteht, konnte beim Parteitag in Thüringen beobachtet werden. Alle Medienschaffenden wurden in einem eng abgesperrten Bereich platziert. Nur der extrem rechte Publizist Jürgen Elsässer wurde freudig empfangen.

Theoretisch unterstützt die AfD die Meinungsfreiheit. Doch sobald sie mit kritischen Fragen konfrontiert wird, schaltet sie um. Dann sprechen AfD-Politikerinnen und Politiker von Hetzkampagne, Verleumdungskampagne, journalistischem Skandal oder schlicht einem Angriff.

Immer wieder werden Medienschaffende bei der Berichterstattung über rechtsextreme Demonstrationen oder bei Veranstaltungen der AfD angegriffen. Reporter ohne Grenzen sieht einen Zusammenhang zwischen der „medienfeindlichen Hetze“ und den körperlichen Attacken.

Sogar die Wirklichkeit bestreitet die AfD, wenn sie ihr nicht passt. Fotos der Massendemonstrationen im Januar 2024 gegen Rechtsextreme bezeichnete Björn Höcke als manipuliert, die Demonstrierenden als „bestellte Massen“. Andere aus der AfD sprachen davon, die Proteste seien von der Regierung organisiert. Die Kritiker der AfD hätten nicht Angst um die Demokratie, sondern vor der Demokratie.

Medien in Deutschland unterliegen einem scharfen Presserecht. Sie sind rechenschaftspflichtig. Jeder Mensch kann, wenn falsch über ihn berichtet wird, eine Gegendarstellung verlangen oder vor Gericht eine einstweilige Anordnung erwirken, die die Verbreitung von falschen Tatsachenbehauptungen untersagt. Im schlimmsten Fall müssen Medien Schadensersatz zahlen.

Wer, wie die AfD, diese Form von Medien ablehnt und als „Lügenpresse“ diffamiert, will eine andere: eine, die nicht mehr korrekter Berichterstattung verpflichtet und rechenschaftspflichtig ist, sondern im Sinne ihrer Auftraggeber arbeitet.

Genau aus diesem Grund will die AfD den öffentlich-rechtlichen Rundfunk de facto abschaffen. Das kommuniziert sie aber nicht so. Laut ihrem Grundsatzprogramm will sie den Rundfunkbeitrag abschaffen, die Öffentlich-Rechtlichen zu einem Bezahlfernsehen umwandeln, das sich auf hochwertige Formate wie Dokumentationen spezialisieren soll. Würde dies umgesetzt, würden große Teile der Bevölkerung ausgeschlossen, von einem Bürgerrundfunk könnte keine Rede mehr sein. Die AfD will zudem die Kontrollgremien von der Bevölkerung wählen lassen. Dies widerspricht den Grundgedanken des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und damit den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts.

Den seriösen Medien zieht die AfD Netzwerke wie „X“ oder „TikTok“ vor. Der Vorteil dabei ist, dass sie dort keine kritischen Nachfragen auf ihre populistischen Botschaften zu befürchten hat. Auf ihren Seiten tummeln sich in erster Linie ihre Anhängerinnen und Anhänger. Kommentare, die ihr nicht gefallen, werden sofort gelöscht. Die AfD kann die absurdesten Behauptungen aufstellen, ohne irgendeine Quelle zu nennen: auf TikTok gelten andere Regeln. Andere Meinungen löschen statt Meinungsfreiheit zulassen – das ist der Traum der AfD.

7. Die AfD verleumdet die EU als undemokratisch, bürokratisch, gefährlich und agiert gegen eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. An deren Stelle will sie eine Außenpolitik setzen, in der Russland dasselbe Gewicht haben soll wie Europa und die USA. Sie ist ein Sprachrohr russischer Propaganda.

Seit 79 Jahren lebt Deutschland im Frieden. Unsere Nachbarn sind Freunde. Das liegt vor allem an unserer Mitgliedschaft in der Europäischen Union und in der Nato. Diese auch Westbindung genannte Einbettung hat Deutschland nach dem Zivilisationsbruch der Nazi-Diktatur wieder zu einem angesehenen Mitglied der demokratischen Welt gemacht.

Nach der deutschen Wiedervereinigung hat sich die Bundesrepublik gegen einen nationalen Sonderweg entschieden. Die übergroße Mehrheit der Deutschen will nicht zurück zu einer Schaukelpolitik mit wechselnden Bündnissen wie im 19. Jahrhundert. Stattdessen setzte und setzt sich Deutschland für die Vertiefung der europäischen Integration ein. Diese hat aus früheren verfeindeten Staaten unsere Partner und Freunde gemacht. Laut EU- und Nato-Vertrag stehen sich die Mitglieder im Falle einer Bedrohung auch militärisch bei. Bei ihrer Behauptung, die EU sei gescheitert und schade Deutschland, hat die AfD die große Mehrheit der Deutschen gegen sich, indem 68 % der Befragten der EU als Hort der Stabilität vertrauen.

EU und Nato haben im Verhältnis zu Russland lange auf Entspannung und Zusammenarbeit gesetzt. In der Nato-Russland-Grundakte verpflichteten sich 1997 beide Seiten zu Kooperation und der Unverletzlichkeit von Grenzen. Jede Erweiterung des Bündnisses wurde mit Russland abgestimmt. Mit seinem Krieg in der Ostukraine und der Annexion der Krim 2014 hat Russlands Präsident Wladimir Putin die Phase der Annäherung abrupt beendet. Er hat den seit 1945 geltenden Grundsatz gebrochen, dass Grenzen nicht gewaltsam verändert werden. Die Nato beendete deshalb die

praktische Zusammenarbeit mit Russland. Der russische Überfall in 2022 auf die gesamte Ukraine hat den Krieg nach Europa zurückgebracht. Umso wichtiger ist für uns die Sicherheitsgarantie durch EU und Nato. 81 Prozent der Deutschen sind für die gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Die AfD will sie jedoch beseitigen (Europawahl-Programm, S.10). An deren Stelle will sie eine Außenpolitik setzen, in der Russland dasselbe Gewicht haben soll wie Europa und die USA (Europawahl-Programm, S. 17).

Die AfD folgt damit der Rhetorik Putins. Man fragt sich nur, warum? Die Partei nimmt für sich in Anspruch, die Stimme des Volkes zu sein. Wieso schlägt sie sich in einer so lebenswichtigen Frage gegen die Mehrheit der Deutschen auf die Seite des „neuen Zaren“? Sogar anderen Rechtspopulisten in Europa geht die Putin-Gefolgschaft der AfD zu weit.

Millionen von Menschen aus der Ukraine wurden durch den russischen Angriff zur Flucht gezwungen. Über eine Million von ihnen hat Deutschland aufgenommen. Gleichzeitig schleust Russland immer wieder Flüchtlinge aus Afghanistan oder Pakistan nach Weißrussland und von dort an die Ostgrenze der EU. Der russischen Regierung geht es nicht darum, diese Menschen in Sicherheit zu bringen. Das Ziel ist die Destabilisierung der europäischen Staaten, in denen – auch wegen rechtspopulistischer Propaganda – die Migration inzwischen als eines der wichtigsten gesellschaftlichen Probleme gilt. Es ist schon eine erstaunliche Arbeitsteilung: Putin sorgt für Fluchtwellen, die AfD kritisiert dann das angebliche Versagen der EU, die Einwanderung nicht einzudämmen!

Auch in der Energiepolitik wendet die AfD sich gegen europäische und deutsche Interessen. Der Absatz von russischem Erdgas ist ihr wichtiger als deutsche Versorgungssicherheit: Immer wieder fordert die AfD, dass Deutschland wieder Gas aus Russland importieren soll. Auf breiter Front will sie wieder „ungestörten Handel mit Russland“ (Europawahl-Programm, S. 29). Dabei hat Putin schon kurz nach dem Überfall auf die Ukraine versucht, Deutschland in die Knie zu zwingen: Über die Liquidierung der deutschen Gazprom-Tochter wollte er die Bundesrepublik in eine Energiekrise stürzen.

Die Vorstellungen der AfD sowohl in der Sicherheits- als auch in der Energiepolitik sind gegen unsere Interessen. Sie ist keine patriotische Partei, sie ist ein Sprachrohr russischer Propaganda und unterstützt damit die Bestrebungen des russischen Diktators.

Aktuell sind EU und Nato für Deutschland wichtiger denn je. Denn im November 2024 stehen in den USA Präsidentschaftswahlen an. Sollte Donald Trump wieder gewählt werden, könnte er seine Drohung wahr machen und die Nato aufgeben. Dann stünde Deutschland ohne die Sicherheits- und Bündnisgarantien der Nato relativ schutzlos da. Deshalb brauchen wir ein Mehr an europäischer Sicherheits- und Verteidigungspolitik, nicht weniger.

Nicht nur die Politik definiert, wer die künftigen Koalitionspartner sein werden, sondern vor allem wir Bürgerinnen und Bürger in unserer Rolle als Wählerinnen und Wähler!

In Wahrnehmung unserer staatsbürgerlichen Rechte haben wir zugleich auch die Verpflichtung, das Wahlrecht auszuüben und von Verantwortung getragene Wahlentscheidungen zu treffen. Damit nehmen wir Einfluss auf die Gestaltung der Zukunft !

Wir hoffen auf ein verantwortungsbewusstes Wahlverhalten der Bürgerinnen und Bürger in Sachsen im Jahr 2024!

Landesvorstand Sachsen, Juni 2024